

Inserate kosten die drittelprozent. Kompositionen oder deren Raum 1,20 Mk. Wortanzügen das selbstdruckte Wort 20 Pfg. jedes weitere Wort 25 Pfg. ...

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großstädte oder bei direktem Postbezug ohne Zustellgebühr monatlich 3,- Mk. bei Bestellung unter Streifenband 2,- Mk. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene ...

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Unruhe in den Ententeländern.

Der Zusammenbruch in Ungarn und die Aufgaben des Proletariats

Von Friedrich Adler.

Die Bewegung in England.

Der Eisenbahnerstreik in Liverpool abgelehnt.

T. U. Amsterdam, 8. August.

In einer Versammlung von Eisenbahnern in Liverpool wurde beschlossen, sich dem Vorschlag des Hauptvorstandes des Eisenbahnerverbandes zu fügen, der einen Sympathiestreik mit der Polizei ablehnt. Wie die Behörden melden, hat sich die Lage gestern abend in Liverpool bedeutend gebessert. Es sind mehr als 1000 Angebote eingelaufen, dem Polizeikorps beizutreten.

Die belgischen Bergarbeiter gegen die deutschen.

Brüssel, 7. August.

(Genoa-Neuer-Nachung.) Dem "Soir" zufolge prüfte der Ausschuss des nationalen Bergarbeiterbundes die Einladung des Sekretärs des internationalen Bundes, Abbot, zu der internationalen Konferenz. Der größte Teil der Delegierten war dagegen, die Beziehungen zu den deutschen Bergleuten wieder anzuknüpfen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, in dem Aktion aufgefordert wird, lediglich eine Konferenz der alliierten Länder einzuberufen.

Der Metallarbeiter-Streik in Italien wächst.

Bern, 7. August.

Nach Meldungen italienischer Blätter nimmt der Metallarbeiterstreik in Italien weitere Ausdehnung an und erstreckt sich auch auf Bergamo. Die Industriestricke der südlichen Halbinsel haben sich der Bewegung gleichfalls angeschlossen. Die Fabrikanten haben beschlossen, die Fabriken nicht mehr wieder zu öffnen, bis ruhige dauernde Arbeit gewährleistet wird. In Neapel sind auch die Seccente in den Streik getreten.

Fortsetzung des Streiks in Basel.

Basel, 7. August.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur wurde hier der Rebellentum des Wäfler vorwärts, Dr. Weller, aus bisher unbekanntem Gründen verhaftet. Die Delegiertenversammlung der Basler Arbeitervereinigungen hat sich geschlossen für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Eine neue Versammlung der Metallarbeiter hat gleichfalls mit überwältigender Mehrheit die Weiterführung des Streiks beschlossen.

Verminderung der englischen Kohlenförderung.

London, 7. August. (Reuter.)

Unterhaus. Bridgeman teilt mit, die Kohlenförderung in der mit dem 7. Juli endigenden Woche habe nur 2 1/2 Millionen Tonnen ergeben. Dies bedeute gegenüber den durchschnittlichen Wochenleistung für die Periode vor dem 16. Juli eine Verminderung um nahezu 50 Prozent.

Englands Finanzlage.

London, 7. August. (Reuter.)

Chamberlain gab im Unterhaus eine sehr ernste Erklärung über die finanzielle Lage ab. Er sagte: Wenn die Ausgaben nicht vermindert werden und die Produktion nicht vermehrt wird, so gebe das Land geradenwegs dem Bankrott entgegen. Das einzige Heilmittel für den ungünstigen Stand der Valuta sei, die Einfuhr zu vermindern und die Ausfuhr nach den Ländern zu vermehren, die bar zahlen können. Man werde der Lage Herr werden können, wenn das Volk den Schwierigkeiten geneigt und mit Patriotismus begegne.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Zuzern, 7. August.

Die heutige Vormittagsitzung mußte nach der "D. A. Z." abgebrochen werden, weil die Kommission I ihre Arbeiten noch nicht beendet hatte. Renaudel (Frankreich) eröffnete die Nachmittagsitzung mit einem Bericht über die Arbeiten der Kommission über die internationale politische Lage. Er verlas die sehr umfangreiche Resolution zum Friedensvertrag, über die sich die Kommission bis jetzt geeinigt hat.

Rundgebungen in Chemnitz.

Chemnitz, 7. August. (M. Z.)

In den letzten Tagen fanden hier wiederholt Demonstrationen statt, um eine Verteilung von Einmachegeldern und überhaupt

eine reichlichere Rationierung der Lebensmittel zu erzwingen. Für heute nachmittag war eine Massenkundgebung angekündigt, die trotz des bestehenden Belagerungszustandes und ausdrücklichen Verbotes zur Durchführung gelangte. Es kam dabei, wie das "Chemnitzer Tageblatt" berichtet, verschiedentlich zu Ausschreitungen. Bei einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und einer schwachen Abteilung Sicherheitswehr wurde dieser das mitgeführte Maschinengewehr von der Menge abgenommen. Ein noch nicht ermittelter Täter schleuderte auf dem Marktplatz eine Handgranate, wodurch mehrere Personen Verletzungen erlitten. Infolge dieser Vorkommnisse ist heute abend der verschärfte Belagerungszustand verlängert worden.

Das Kapital will nicht zahlen.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich, wie wir schon kurz berichtet hatten, mit den Vorlagen zur Besteuerung des Reineinkommens und Vermögenszuwachses. Wenn es den bürgerlichen Parteien wirklich darum zu tun gewesen wäre, die während des Krieges gemachten Gewinne zur Deckung der Kriegskosten heranzuziehen, so hätten sie den von den Rechtssozialisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten gestellten Anträgen auf Erhöhung der Abgaben ohne weiteres zustimmen müssen. Aber es ist ihnen nicht ernst damit, sie wollen aus der eigenen Tasche nur gerade das Notwendigste bewilligen. Ihre Redner kamen mit der Ausrede, daß man bei gar zu hohen Steuern auf Reineinkommen und Vermögenszuwachs nicht nur die Schieber, sondern auch die ehrlichen Geschäftsleute treffen würde, die durch Fleiß und Unternehmungslust zu einem höheren Einkommen gelangt seien. Eine wirklich partei Mäßigkeit! Haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien bei den indirekten Steuern jemals einen solchen Einwand erhoben? Werden sie bei den bereits angekündigten maßlosen neuen Abgaben auf alle Lebensbedürfnisse einen Unterschied machen zwischen Faulen und Fleißigen? Wird man nicht gerade dann erleben, daß die Minderbemittelten und die Beschäftigten, die Kerne der Bevölkerung gerade am schärfsten erfaßt werden? Dem rechtssozialistischen Na. Bruder entzude bei dieser Gelegenheit das Vertrauen in die Einsicht des hohen Hauses schwer erschüttert habe. Man wird diesen Saufher nicht allzu tragisch nehmen dürfen, denn dieselben Parteien, die sich jetzt gegen die allzu harte Erfassung des Kapitals sträuben, sind noch immer die besten Bundesgenossen der Rechtssozialisten.

Zum Unterschied vom "Vorwärts", der die Steuerpläne des Herrn Erzberger als ein geniales Werk feiert, kommt das "Domburger Echo" in seiner Mittwoch-Abend-Ausgabe zu der Einsicht, daß die Erzberger'schen Steuerpläne äußerlich sehr radikal erscheinen, im Grunde aber doch sehr mäßig seien. Sein Reichsnotopfer, das auf 80 Jahre verteilt, zwar 90-100 Milliarden bringen soll, werde gerade deshalb in jedem Jahre die großen Vermögen bestimmt nicht sonderlich vergrößern, da der jährlich zahlbare Bruchteil oftmals von den Kapitalzinsen werde bestritten werden können. Das ist genau dasselbe, was wir schon ausgesprochen haben. Das Reichsnotopfer ist gar kein Opfer. Es stellt weiter nichts dar, als eine recht mäßige Ergänzung zu Einkommensteuer. Sie ist dazu bestimmt, die minderbemittelte Bevölkerung, die durch neue indirekte Steuern gefährdet werden soll, irre zu führen, den Leichtgläubigen Sand in die Augen zu streuen. Wenn sich jetzt die Rechtssozialisten in Weimar mit radikalen Anträgen zur schärfsten Erfassung der Vermögen und hohen Einkommen herbeibringen, so werden sie die Tatsache doch nicht aus der Welt schaffen können, daß sie durch ihre ganze politische Tätigkeit dem kapitalistischen Bürgertum Gelegenheit geben, die Kriegslasten zum guten Teile vor sich abzuwälzen und der beschloßen Bevölkerung zuzuschreiben.

Trende war in Trojas Hallen . . .

Wie die bürgerliche Presse aus Weimar meldet, feierte die Fraktion der Rechtssozialisten anläßlich der Verfassungsannahme ein Fest. Ursprünglich sollte die Feier in der Herberstraße stattfinden, doch wurde die S. P. D. aus begründlichen Gründen ersucht, in das Nationaltheater zu gehen. Es ist merkwürdig, daß die Herren jetzt die Annahme der Verfassung mit einer Feier begehen, nachdem Loche erst vor wenigen Tagen im Auftrag der S. P. D. Fraktion erklärt hat, sie könne mit unter den schwersten Bedenken die Verfassung annehmen. Nachdem die Bedenken überwunden sind, kann also gefeiert werden. Das Theater war allerdings zur Abhaltung dieser Komödie gerade der richtige Platz.

In der Sitzung des Kreisarbeiterrats Wien am 4. August hielt Genosse Friedrich Adler ein Referat über die politische Lage, das hauptsächlich den Vorgängen in Ungarn gewidmet war. Wir geben diese Rede nachstehend im Wortlaut wieder, weil sie nicht nur die durch die Vorgänge in Ungarn geschaffene Lage treffend schildert, sondern auch für die Taktik des Proletariats richtunggebend ist.

Wir müssen zu der durch den Umsturz in Ungarn neu-geschaffenen Situation Stellung nehmen. Wir stehen am Schluß einer Periode, die mit einer Niederlage des Proletariats endet, nicht nur mit einer Niederlage des ungarischen Proletariats, sondern des Proletariats aller Länder. Was in Ungarn geschehen ist, wirkt notwendigerweise auf uns zurück. Die Reaktion in allen Ländern benützt diese Gelegenheit, um gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus überhaupt vorzugehen und nicht bloß gegen die bolschewistische Taktik. Wir haben daher in erster Linie Stellung zu nehmen gegen die schlimmsten Folgen, die nach Möglichkeit einzudämmen. Abgesehen von allen taktischen Unterschieden muß das klassenbewußte Proletariat heute einig und entschlossen allen konterrevolutionären Bestrebungen entgegenzutreten. Wir in Deutschösterreich, als in einem demokratischen Staate, müssen es als Selbstverständlichkeit betrachten, daß trotz aller Schimpfereien der bürgerlichen Presse und der noch zu erwartenden Angriffe auf parlamentarischen Boden das Wahlrecht gewahrt werden muß, wie es bisher in demokratischen Ländern geübt wurde. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß unsere Regierung in diesem Punkte das Richtige sofort veranlaßt hat und bemüht war, den Volksbeauftragten jenen Schutz zu gewähren, der sie vor eventuellen Angriffen der Gegenrevolution bewahren soll. Derzeit wird fast in keinem Lande Europas das Wahlrecht geliebt. Die Schweiz und England, die es ehemals ernst nahmen mit dem Wahlrecht, versagen. Die Schweiz weist sogar die ungarische Gefandtschaft aus und auch England entfernte alle unheimlichen Gäste. Um so ehrenvoller ist es für uns, daß in unserem Lande das Wahlrecht geübt wird.

Wir sind in einer der schwierigsten Situationen der an-schwierigen Fragen so reichen Zeit. Wir stehen ramittelbar vor dem Abschluß des drückendsten Friedens, der jemals einem Lande auferlegt wurde. Mit dem Fall der Rätediktatur in Ungarn, ja selbst wenn auch Rußland die Proletariats Herrschaft einbüßen sollte, ist nur eine ganz besondere Taktik der proletarischen Klassenkampfes, ist nur die Form der Rätediktatur geklärt. Demgegenüber haben wir fest-zustellen, daß der Kampf um die politische Macht des Proletariats fortandert und daß die Erschütterungen, denen Europa ausgesetzt ist, keineswegs ihren Abschluß gefunden haben. Entscheidend für unsere Situation bleibt aber, daß in den bestagten Ländern der Wille zur Bekämpfung des Kapitalismus zwar am stärksten, die Möglichkeit der Einführung des Sozialismus aber leider eing in allen Beziehungen sehr verringert ist. Dies ist zwar eine traurige Wahrheit, aber eine Wahrheit, über die wir uns keineswegs hinwegtäuschen dürfen. Als wir zur Zeit der Errichtung der Rätediktatur in Ungarn aufzufordern wurden, dem Beispiel zu folgen, haben wir Widerstand geleistet und jetzt zeigt sich, daß die Taktik, die wir eingeschlagen haben, die richtige war, so schwer verständlich sie auch manchem Arbeiter gemessen sein mag. Hätten wir diese Taktik nicht eingeschlagen, wir wären weit früher wie Ungarn zusammengebrochen und hätten die ungarische Räterepublik gleichfalls mitgerissen. Von kommunistischer Seite ist der Antrag gestellt worden, im Kreisarbeiterrat und durch eine Reichskonferenz zu den Friedensbedingungen Stellung zu nehmen. Die "Rote Fahne" fordert die Ablehnung des Friedensvertrages und die Proklamierung der Rätediktatur. Es ist überflüssig, heute über diese Art von Politik ausführlicher zu reden. Es ist richtig, daß wir Deutschösterreicher einen schwereren Frieden haben als alle anderen Länder. Daraus aber kann man nicht die Ablehnung desselben folgern. Nur jetzt der Friedensverhandlungen mit Deutschland hat "Die soziale Revolution" erklärt, die deutschen Kommunisten seien "nicht stark genug", um derzeit Aktionen zu unternehmen, sie müssen rüsten. Sie warnte vor "vergeblicher Kräfteanstrengung". Wir Deutschösterreicher aber wollen nach der "Roten Fahne" stark genug sein, den Frieden abzulehnen. Der Artikel der "Roten Fahne" will das Proletariat nur zu unüberlegten Handlungen ver-führen. Diese Methode können wir nicht mitmachen. For-

werungen zu stellen, die unkorrigierbar sind, in eine er-
gänzende Methode der kommunistischen Politik. Das
Programm der Kommunisten ist, übertriebene For-
derungen zu stellen, heißt es wörtlich in dem Referat
über die internationale Lage, das dem jüngsten kommunisti-
schen Parteitag erstattet wurde. Diese Taktik beruht auf
einer Anbahnung, gegen die wir uns wenden müssen. Ganz
genau dieselbe Methode wenden die Kommunisten in der
Friedensfrage an. Unsere Stellung ist aber ganz klar ge-
geben. Ein Kampf gegen den siegreichen Imperialismus
und seine gewiß fürchterlichen Bedingungen ist für Deutsch-
land nicht unterschrieben, dann wäre eine ganz andere
Situation. So aber müssen auch wir unterschreiben. Jede
andere Stellungnahme in der Friedensfrage würde nur zu
einer Niederlage des Proletariats führen, die wohl
noch ärger wäre als in Ungarn.

Die kapitalistische Welt mittert Morgenluft. Da ist es
vor allem notwendig, nachdrücklich festzustellen, daß, wä-
ren welche Fehler immer in Ungarn geschehen sein, die Men-
schenopfer und Vermisungen, die aller Revolutionen, die
die Geschichte kennt, bei weitem nicht so groß sind, wie sie
eine einzelne „Großkommando“ des Weltkrieges zur Folge
hätten. Was die ungarischen Arbeiter Schuld treffen für
die Fehler, die sie auf dem Wege zur Befreiung des Prole-
tariats machten, wir werden immer daran denken, um wie
unvergleichlich größer die Sünden des kapitalistischen Sys-
tems gewesen, insbesondere jenes Hundswürdigen Rea-
lismus, das zu den Hauptschuldigen am Weltkrieg gehört.
Unser Endziel, die Tatsache, daß das Proletariat einen Weg
zu einer Gesellschaftsordnung sucht, die alle Menschenopfer
ausschließt, gibt uns recht gegenüber der Bourgeoisie, die
durch das Wiedererstarken des Kapitalismus uns in ein
neues Zeitalter verführter imperialistischer Machtkämpfe,
in eine neue noch ungeheuerlichere Weltkata-
strophe führen würde. Bei aller Trauer über die Nieder-
lage, bei aller kritischen Besinnung und trotz des Bewußt-
seins, daß das Experiment zur unrichtigen Zeit und
am unrichtigen Ort vorgenommen wurde, müssen wir
doch unsere Einheit der Ziele gegenüber der Bourgeoisie
gehen. Der Sozialismus kann nur dort Fuß
fassen, wo die Industrie vorherrscht, die
Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölke-
rung ausmacht. Die Führer des Proletariats in Ruß-
land und Ungarn waren sich hierüber auch klar, jedoch
haben sie sich über das Tempo, in dem sich die Welt-
revolution vollziehen wird, getäuscht. Wir haben in
diesem Moment keine Zeit zu Rekrutationen. Aber dem-
noch müssen wir aus den Ereignissen lernen, daß nicht nur
Begeisterung für die Ziele nötig ist, sondern auch die
klare Erkenntnis der Lage, in der sich das Prole-
tariat der ganzen Welt befindet. Gegenüber Stimmungen
muß die richtige Taktik mit Entschlossenheit ein-
geschlagen werden und auf das Endziel, die
Beseitigung des Kapitalismus, hingesteuert
werden.

Zur Vorgeschichte des monarchistischen Staatsreiches.

Wien, 7. August.
Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erzählt zur
Berufung des Erzherzogs Josef, daß die englische Re-
gierung zuerst mit dem früheren Kaiser Karl ver-
handelt habe. Dieser habe jedoch abgelehnt, da es ihm nicht nach
Rechtserrechten gelte und da es ihm trotz seiner reinen Ab-
sichten nicht gelungen sei, den Zusammenbruch der Monarchie zu
verhüten. Auch wolle er sich nur schwer damit abfinden, als ebe-
maliger Kaiser und König nur mehr Verweser Ungarns
zu sein. Darauf seien von der englischen Regierung Verhand-
lungen angeknüpft worden, die die Vertrauens des Herzogs
von Hohenzollern, des Sohnes des Erzherzogs Franz
Ferdinand, mit der höchsten Macht im ungarischen Staat zum
Ziele hatten, aber auch sie seien ergebnislos geblieben, worauf
dann die Berufung des Erzherzogs Josef erfolgte.

Verstimmung der Rumänen.

Wien, 7. August. Die „Wiener Stimmen“ erfahren, daß
die Nachricht von dem Beschluß des Obersten Rates in Paris,

die nach Budapest gesandte Mission von Generalen mit dem
Oberbefehl über sämtliche in Ungarn befindlichen Verbände,
streitkräfte zu betrauen, in politischen und militärischen
Kreisen der Rumänen sehr verstimmt gewirkt habe. Der
Besuch König Ferdinands in Budapest werde
unterbleiben und der rumänische Oberkom-
mandant werde zurücktreten. Der größte Teil
der rumänischen Besatzungskräfte so in den nächsten Tagen
aus Budapest zurückgezogen werden.

Vor neuen Ereignissen.

T. U. Budapest, 3. August.

Die Ereignisse beginnen sich zu überstürzen, und schon
die allerersten Tage und Stunden können ganz unerwartete
Veränderungen bringen. Der gestern vollzogene Wandel in
der inneren Politik trägt ausgesprochen monarchistischen Cha-
rakter. Man spricht von der Wahl des Erzherzogs Josef,
nach einer anderen Version des englischen Herzogs von Teck
zum König von Ungarn.

Die monarchische Restauration in Ungarn.

Wien, 8. August (H. N.).

Die „Neue Freie Presse“ bringt Mitteilungen eines
früheren ungarischen Ministers, der seinen Einblick in die
Ereignisse in Ungarn dahin zusammenfaßt, daß der Regie-
rungswechsel in Ungarn die Richtung einer monarchisti-
schen Restauration nehme. Es wird eine konstitu-
ierende Nationalversammlung gewählt werden, die zu ent-
scheiden haben wird, ob das Königtum wieder aufgerichtet
werden soll oder nicht. Im ersteren Falle würde die Ent-
scheidung des Volkes wahrscheinlich für Erzherzog Josef sol-
len, der, wenn er die Stimmenmehrheit erhält, zum König
von Ungarn gekrönt würde. Die große Umwandlung hat
sich natürlich mit Wissen der Entente vollzogen, die auf diese
Weise die dauernde politische Führung in Ungarn in die
Hand nimmt und in der monarchischen Regierungsform das
beste Mittel für eine dauernde Bekämpfung des Volkheims
sieht. In dem neuen Ministerium würde die neue un-
garische Regierung durch zwei Mitglieder vertreten sein. In
die Spitze der Regierung dürfte der frühere Minister So-
pashy treten. Wie aus Budapest verlautet, nehmen die
Sozialisten vorläufig eine ablehnende Haltung ein.

Beratungen der Gegenrevolutionäre.

Wien, 8. August (H. N.).

Zur Klärung der Verhältnisse haben gestern wiederholt mit
den maßgebenden Politikern Beratungen stattgefunden. In einem
Wiener Hotel waren gestern die in Wien weilenden Budapest-
Sondirektoren mit den Vertretern der Entente zu längeren Be-
ratungen zusammengetreten, die der Frage der Kreditbeschaffung
für die Verpflegung galten. Es ist bezeichnend, daß bei diesen
Verhandlungen auch Graf Veßthien, ein Mitglied der
Szegebiner Regierung, teilnahm. Das scheint zu be-
weisen, daß zwischen der gegenwärtigen und der Szegebiner Re-
gierung ein Zusammenarbeiten wenigstens geplant ist.

Englische Besatzungstruppen für Budapest.

Wien, 8. August (H. N.).

Wie das „Neue Wiener Journal“ meldet, sind im Laufe des
gestrigen Tages mehrere Transportzüge mit englischen Truppen
durch Wien gerollt, um mit der Nordbahn nach Budapest weiter-
zufahren. Es handelt sich um die ersten Besatzungstruppen für
Budapest, die die Rumänen abziehen sollen. Im Laufe des ge-
strigen Tages kamen ungefähr 2000 englische Mannschaften durch
Wien. Wahrscheinlich wird der Transport in den nächsten Tagen
fortgesetzt.

Rumänische Zensur in Budapest.

T. U. Budapest, 8. August.

Der rumänische Statthalter, Pirici hat für alle Er-
zeugnisse der Presse, literarische Bilderprodukte, Musikalien,
Theater- und Musikaufführungen, desklamatorische Vorträge usw.
strengste Zensur verfügt.

Monarchistische Hoffnungen in Oesterreich.

Bezeichnend für die Hoffnungen, die sich bereits bei den
Monarchisten in Deutschösterreich regen, sind folgende Aus-
sagen:

Er kommt nicht. Es regnet in Strömen. Die arme Frau
stöhnt in die Haustür, schwere Tropfen fallen auf ihren Scheitel
und der Sprühregen durchdringt das dünne Kleid. Von Zeit zu
Zeit übermannt sie die Ungeduld und trotz des Wetters geht sie
bis an die Straßenecke, um nach ihrem Mann zu spähen. Durch-
dringt leidet sie zurück und trocknet den nassen Scheitel mit beiden
Händen. Ihr ist, als ob die ganze Stadt mit ihrem Glang und
Lärm und Schmutz über ihre zusammenbräche. Ihr gegenüber ist
ein Wägelchen — da denkt sie an ihr schlafendes, hungriges
Kind.

Endlich erblickt sie ihren Mann, der langsam an den Häusern
entlang schlurft. Sie stürzt auf ihn zu.

„Kunst“ flüstert sie erwartungsvoll.

Er senkt kumm den Kopf und totenbleich wanden sie die
Treppe hinauf.

Die Kleine schilt aber nicht. Sie ist erwacht und über-
rascht: Nicht sie auf ihre Hände. Und da beide schweigen, hebt
sie nach kurzen Jögern an:

„Ich bin hungrig!“

Der Vater sinkt in einen Stuhl nieder und begräbt das
Gesicht in beide Hände, indes dumpfes Schreien von seinen
Lippen dringt. Die Mutter würgt die Tränen hinunter und
betet die Kleine so gut als möglich, deckt sie mit allerlei Lumpen
und redet ihr zu, sie möge ein braves Kind sein und schön
schlafen. Aber das Kind, dessen Zähnen vor Frost klappern,
sagt Mut und die dünnen Kermden um den Hals der Mutter
schließend, fragt es flüsternd:

„Sag, Mutter, warum sind die Menschen hungrig?“

Lichterzeugung durch Windkraft.

Die für den Winter zu befürchtende Licht- und Wärmmangel,
verursacht durch unzulängliche Kohlenförderung und -zufuhr,
müßte, nach anderen Energiequellen auszuweichen. Wasserkraft
sind nicht allenthalben zur Hand. Aber die Kraft des Windes
steht überall zur Verfügung, allerdings nicht ununterbrochen.
Doch kann sie mit Erfolg zur Bedienung der Lichtenergie lokaler
Anstellungen dienen, wenn man die Ausnutzung der Wind-
motoren so wählt, daß ein Höchstmaß herauszubringen, wenn man
den Strom des durch den Windmotor getriebenen Dynamos in
einer Akkumulatorenbatterie ansammelt, um ihn gleichmäßig zu
verbrauchen, und wenn nötigenfalls einen durch andauernde

fährungen des Wiener „Schlußblattes“, das nach der letzten
Schrift „Der Aufmarsch der Habsburger“ schreibt:

Von hierher informierter und der Entente nahestehender
Seite wird die Lage in Budapest dahin aufgefaßt, daß sie unter
Umständen zu einer Wiederaufrichtung der ehemaligen öster-
reich-ungarischen Monarchie unter dem Schutze der Entente
lediglich in bedeutend verkleinertem Maße, führen könnte. Die
Ereignisse in Ungarn, die durch die Einsetzung des Erzherzogs
Josef in die höchste Macht in Lande nur ein Vorzeichen für
Wiederkehr der Monarchie zu sein scheinen, werden vor allem
die kroatischen und slowenischen Bauern in Be-
wegung setzen. Die Partei, die gegen die serbische Gewaltherr-
schaft und gegen den Zusammenschluß mit dem königreich Ser-
bien ist, wird gewiß die monarchische Form in Ungarn mit
Freude begrüßen. Ein großer monarchischer Block: Ungarn,
Kroatien, Slavonien, Lahnthal u. s. w. den südwestlichen Gebieten
in Krain und Kärnten, die also Deutschösterreich in großen
Bogen benachbart wären, müßte einen starken Druck auf
den deutschösterreichischen Staat ausüben.
Stimmung in der deutschösterreichischen Bevölkerung ist
gemeinlich nicht mehr monarchistisch; man darf jedoch nicht
vergesen, daß die Bewohner Tirols, Steiermarks und auch Salz-
burgs der monarchischen Form kaum Widerstand
entgegenzusetzen werden.

T. U. Wien, 8. August.

Das „Militär-Wochenblatt“ schreibt: Von informierter und der
Entente nahestehender Seite wird die Lage in Budapest dahin auf-
gefaßt, daß sie unter Umständen zu einer Wiederaufrichtung der
ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie unter dem Schutze
der Entente, allerdings in bedeutend verkleinertem Maße, führen
könnte.

Lubendorff der Harmlose.

Ein neuer Verteidiger.

Das „Militär-Wochenblatt“, das bekanntlich in enger Ver-
bindung mit dem Kriegsministerium steht, und nur durch dessen
Unterstützung überhaupt existieren kann, das aber trotzdem, aber
vielleicht gerade deshalb, sich nicht scheut, hat ganz
offen für die Monarchie einzutreten und gegen den republikani-
schen Geist in der Armee zu Felde zu ziehen, sehr seinen Ansporn
gegen die offizielle Politik der deutschen Republik fort. Dem-
gegen die offizielle Politik der Regierung die Dokumente, die die
schweren Schuld Lubendorffs an der Fortsetzung des Krieges offen-
bar vor allen Augen darlegen, da fühlt sich das „Militär-Wochenblatt“
selbstverständlich sofort berufen, gegen die Regierung loszutreten
und Herrn Lubendorff als den unschuldvollsten Engel dar-
zustellen.

Die Methode, die das Blatt anwendet, ist neuartig. Die alte
früher von reaktionärer Seite stets aufgestellte Behauptung, daß
Lubendorff stets zum Frieden gedrängt habe und daß er seinen
niemals habe annehmen wollen, kann nun nach der Bekannt-
gabe von Lubendorffs eigener Denkschrift vom September 1917
doch nicht mehr gut aufrechterhalten werden. Doch man weiß ja
zu helfen. Man erklärt einfach, daß seine Forderungen nicht
kommen harmlos gewesen seien. Was forderte Lubendorff in
seiner Denkschrift? So fragt das Blatt. Das Plateau von
Drieh, eine günstigere Grenze an der West-
und eine wirtschaftliche Verbindung mit Belgien,
gibt, die dem deutschen Einfluss, dem deut-
schen Handel, die mögliche Entwicklungsmög-
lichkeit gewährte. Und das „Militär-Wochenblatt“ hat
sich zu eigen machende Forderungen?

In der Tat. Wer wollte leugnen, daß diese Forderungen
nicht klar die vollkommenste Friedfertigkeit und Ge-
schehenheit Lubendorffs erkennen lassen? Wie kann man
es Annonzieren nennen, wenn Lubendorff nur das Plateau
von Drieh fordert, obwohl das „Recht des Siegers“ den Deutschen
doch eigentlich das Recht auf ganz Belgien und Nordfrankreich
gegeben hätte? Wie kann man von der wirtschaftlichen Inter-
scheidung Belgiens sprechen, wenn man diesem Lande die „Öst-
erreich“ zuteil werden ließ, es an die Wirtschaft Deutschlands anzu-
gliedern? Solche moralischen Gedanken, daß etwa das Be-
sprechen Westmann Hofmanns am Beginn des Krieges, das Ver-
recht an Belgien müsse vollkommen wieder gutgemacht werden,

Windstille eintretenden Ereignismangel mit Hilfe von Wasser-
gasen, Hundelaufschreien oder Fahrrodantrieb usw. deut. Solche
Lichterzeugung von Landanordnungen durch Windmotoren macht
sie unabhängig von Materialzufuhr, Frost, Krieg, und empfindlich
sich schon deshalb, weil die Zeiten größten Lichtbedarfs und der
stärksten und häufigsten Winde (November) zusammenfallen.
Man wird also der Windkraftausnutzung in Zukunft gerade auf
dem flachen Lande erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

In der Volkshalle wurde am Mittwochabend bereits ein
müßige Oper „Der Kubelkan“ in einer neuen Besetzung mehr-
erer Hauptrollen gespielt. Hans Winkelmann spielte als
Primas Thaller einen prächtigen, weichen Tenor, über den er
auf zu verfügen vertritt, und eine gute barocke Besetzung
Seine Partnerin Helene Hall vereinigte als Wanda-
ganz gute Schilflichkeit der Erscheinung mit einem schönen, hoch-
vollen Sopran. Heria Borst bot als Doris eine ideale
Spielerei und gefällig vorzügliche Leistung und Karl
Langerer zeigte als Konrad gleichfalls sehr gutes schillerndes
und schauspielerisches Können. Die Aufführung selbst fand im
allgemeinen auf der Höhe des Premiers, die Revolutionsperiode
des 8. Aktes war vorzüglich. Nur wies die elektrische Beleuchtung
aus dem Jahre 1793 deutliche Mängel. Auch die Lichtstelle bedürfte
noch zum Teil dringender Verbesserung.

Im Theater der Friedrichstadt wird der frühere
Dachbühnen Oberregisseur Direktor Ebers zum besten der in
Deutschösterreich hundertenden Kinder vom 23. bis 27. August
Gustavberg's „Gungelrad“ „Ugolino“, ein literaturgeschichtlich
wertvolles Werk aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, zur Auf-
führung bringen.

Der Wintergarten bietet mit seinem August-Programm
wieder recht Gutes, Humor, Tanz, Akrobati, vorzügliche Dar-
stufen und vor allem die ganz erstaunlichen Verführungen des
Hypnotiseurs und Telepaten Erik Jan Danussen geben dem
Publikum Anlaß zu hartem Weisheit.

Dr. Max Wiese, neben Otto Bauer einer der besten
rogerschen Vertreter des österreichischen Sozialismus in
Oesterreich, ist in der recht- und sachwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Wien als Privatdozent für Rechts-
geschichte zugelassen worden. Er wird seine Vorlesungen im
Wintersemester eröffnen.

Warum?

Von Emile Zola.

Am Morgen betreten die Arbeiter die Fabrik. Die Arbeit-
tische waren kalt. Es lagaria über ihnen wie Schatten des Todes.
In einer Ecke des Saales stand die große Maschine stumm und
finster mit ihren eisernen Rädern und höhlernen Armen. Tiefe
Kearigkeit entstieg dem regungslosen Riesen, dessen Klirrendes
Gähnen, dem Pulsschlag eines in schwerer Arbeit sich windenden
Krienen vergleichbar, blüher das Haus belebt hat.

Der Hochdrucker öffnete die Tür seines Kontors.

„Kinder, heute gibt es keine Arbeit. Es laufen keine neuen
Bestellungen ein, die alten sind zurückgezogen worden und der
ganze Warenvorrat bleibt mir auf dem Halbe. Der Monat De-
zember, auf den ich als Hauptfaison gerechnet habe, richtet mich
zugrunde. Ich muß die Arbeit einstellen.“

Die Augen der Arbeiter füllten sich mit heißen Tränen. Die
Männer wollten sich laffer stellen und trösteten einander damit,
daß in Paris keiner vor Hunger stirbt. Dann verlassen sie ein-
geln, mit zugeschnürter Kehle, die Arbeit; die große, summe
Maschine, die dort im Schatten des Saales dankt, ist die Lote,
um die sie trauern.

Draußen auf der Straße irrt der Fabrikarbeiter umher.
Nicht lange Tage sind verstrichen, und noch immer kopft er ver-
geblich an jede Tür. Ueberall findet er Abweisung. Nirgends
macht man ihm die geringste Gekönnung, doch sich ihm bald eine
Aussicht auf Arbeit bieten werde. Kalt und unbarmherzig heißt
man ihn, wie so viele andere vor ihm, weitergehen.

Langsam bewegt sich auf der Straße eine Gestalt. Frierend
trippelt sie auf und ab. Ihre ärmlichen Dabeitigkeiten sind
schon alle ins Reichhaus gewandert. Arbeitslosigkeit leert die
Schränke. Die letzte Hochhaarfällung hat sie dem Teufel ver-
kauft, nur die leere Hülle ist noch da. Die hat sie vor das
Fenster gehängt, denn, was Wind nicht hineinbläst, kann ihr
Leines Kind hurtet.

Auch sie hat Arbeit gesucht — vergebens. Ihr Recht ist
erschöpft, Wädel, Kaufmann und Gemütsarzt wollen nicht länger
horgen; sie sagt gar nicht mehr, an ihrer Tür vorbeizugehen.
Nachmittags war sie bei ihres Schwagers gewesen, aber auch
dort war das Geld groß. Beim Fortgehen versprach sie, ihnen
ein Stück Brot zu bringen, wenn ihr Mann etwas verdient
haben würde.

halten werden mußte, kennt den Mann nicht, denn sie entsprachen ja nicht mehr der Kriegslage.

Ein weiteres Merkmal entlehnt dem Verfasser. Er schreibt von den Schwierigkeiten der inneren Lage, die Zudenborff nicht gewürdigt habe, von der jahrelang dürftigen Ernährung und dem Mangel an Brot, die Zudenborff nicht erweisen habe, und hat dann hinzu, daß es doch nicht das Amt Zudenborffs, sondern lediglich der zivilen Dienststellen gewesen sei, diese Verhältnisse zu übersehen. Nun, wer war es denn, der in solcher Weise Eigenmächtigkeit sich um alle diese Dinge kümmerte, der in allen Dingen, auch in denjenigen, die ihn nicht das geringste angingen, das entscheidende Wort verlangte: kein anderer als Zudenborff selbst.

Erwachen der Mecklenburger Rechtssozialisten.

Ein Protest gegen die Regierung.

Die Mecklenburger Rechtssozialisten hielten am Sonntag und Montag in Malchin ihren Parteitag ab. Es ist interessant zu beobachten, wie weit die Vererbung der S. P. D. dort schon gegangen ist und wie hart sich die aufgeführten Elemente gegen ihre Führer wenden. Fast alle Redner übten an der Politik der Parteileitung und der Regierungsmittelherbe Kritik. Ein Vertreter der Mehrheit führte unter lebhaftem Beifall aus: „Schon längst hätte die Partei Roske beiseitigen müssen. Denn er besitzt nur noch das Vertrauen der Reaktion und nicht mehr das der Parteigenossen.“ Ein anderer Redner erklärte: „Unsere Politik taugt nichts. Sie ist weder sozialdemokratisch noch demokratisch. Die Rosketruppen soll der Teufel holen, und wir werden niemals die Politik Roskes billigen können.“ Am besten wird die Ablehnung der Parteipolitik durch eine am Montag angenommene Resolution geäußert, in der es heißt:

1. Der Parteitag verlangt, daß die Parteileitung die Gewissen in der Reichsregierung nötigt, auf alle Regierungsmittel zu verzichten. Die sozialdemokratischen Grundfragen und der Ueberlieferung der Partei sind, insbesondere auf das letzte der Republik gefährliche Wechselsystem, auf das verächtliche Spielweken, auf Belagerungszustand, Standrecht und Unterdrückung von Parteien, auf die sog. Schuchhaft, insbesondere darauf, daß diese Gewaltmittel den Offizieren anvertraut werden.
2. Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste, daß Gewissen in der Regierung das Schuldpromiss genehmigt und verteidigt haben, das ohne das Eingreifen des Kultusminister Gen. Schisch um ein Haar als Schulpolitik der Partei Reichrecht geworden wäre.
3. Der Parteitag spricht seine Entrüstung darüber aus, daß der Parteigenosse Wolfgang Heine sozialdemokratischer Minister des Innern in Preußen als Anwalt den früheren Grobherzog von Mecklenburg mit seinen Ansprüchen auf das Bundesvermögen verteidigt hat und hält dies für unvereinbar mit den Pflichten eines Parteigenossen und der Parteigehörigkeit.

Uns ist es unbegreiflich, wie Arbeiter, die eine derartige Kritik an der Regierungspolitik ausüben, noch in der S. P. D. bleiben können. Sie sollten doch in den letzten Monaten gelernt haben, daß diese Arbeiterführer, seit sie glauben, die Macht in Händen zu haben, auf den Willen ihrer Parteigenossen ebensowenig Wert legen, wie auf den der Arbeiter.

Der lächeidige Oberleutnant und der diskrete „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ erzählt die folgende Episode, die für den Nachruhm von Roskes Offizieren charakteristisch ist: Seit dem 1. April bewohnt der Kriminalkommissar und Oberleutnant der Sicherheitswehr R. eine Villa in Zudenborff, der das Grundstück zwangsweise räumen sollte. Er bewohnte dem Verleumdungsbüchlein den Zutritt und drohte, jeden, der die Räume betrete, niederzuschlagen. Als der Gerichtsvollzieher sich daraufhin zu seiner Unterjüngung einen Schutzmann mit sich brachte, erschienen drei bewaffnete Soldaten vom Reichsheer, die aber von den Polizeibeamten nicht in das Haus gelassen wurden. Die Soldaten meldeten dies in der Kaserne. Der dienhabende Offizier ließ darauf die zwangsweise Räumung mit Waffengewalt verhindern. Der Konflikt wurde endlich dadurch beigelegt, daß das zuständige Amtsgericht die Zwangsversteigerung um 14 Tage hinausschob, bis die Verurteilung gesprochen sei. Auf Einspruch des Grundeigentümers wurde das Militär aus dem Hause geschickelt.

Treu bemerkt der „Vorwärts“ mutig, es sei „kaum denkbar, zu welchem Zweck das Militär aufgeboten wird“. Da es ist kaum glaublich, und es sind noch viele Dinge kaum denkbar, die dem „Vorwärts“ recht und billig erscheinen. Merkwürdig ist übrigens die Diskretion des „Vorwärts“, der den Namen des lächeidigen Oberleutnants und seine Adresse lakonisch verweigert.

Reichswehrtruppen gegen Landarbeiter.

Aus dem Kreise Angermünde wird uns geschrieben: Wägen Worte streifen sämtliche Landarbeiter der drei größten Niederelben Güter im Kreise Angermünde. Auf eine Anforderung des Kreisdirektors rüdten nach wenigen Stunden 70 Jäger mit Maschinengewehren und Handgranaten zum Schutz der „Arbeitslosen“ in Greiffenberg ein. Natürlich kam es bald zu Auseinandersetzungen der männlichen Dorfjugend und den Truppen, die der weiblichen Bevölkerung beständig nachsahen. Im Verlauf dieser Reizeiten gaben die Truppen am Sonntag ohne jeden Grund scharfe Schüsse auf das unbewaffnete Publikum ab, wodurch ein 19-jähriger Junge schwer verwundet wurde, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Als der Bürgermeister herbeikam, um Ruhe zu stiften, wurde er festgehalten und ihm von den Soldaten erklärt: Hier kann jeder sagen, er sei Bürgermeister.

Die Güterverwaltung ließ als Zeichen des Dankes für die wehrlichen Truppen sofort ein ganzes Hind schlachten, während die auf den Gütern verfolgten Rassen und Kustler durch die Streiklage überhaupt kein Essen erhielten. Kein Bauer durfte, woher die Truppen gekommen waren und der Bürgermeister erhielt auf eine diesbezügliche Anfrage von der Regierung die Antwort, auch dort sei nichts bekannt. Am Sonntag rüdten die Soldaten wieder ab.

Wem es wert ist, daß sich diese Provokationen nicht etwa gegen Unschuldige oder Kommunisten richteten, die es in Greiffenberg überhaupt nicht gibt, sondern allein gegen die weiter nach Osten orientierte Bevölkerung. Nach diesem Anschauungsunterricht sind auch die Einwohner Greiffenbergs sehr schnell zu der Einsicht gekommen, daß die Urubun meist von jenen Kreisen ausgeht, die angeblich dazu da sind, Ruhe und Ordnung zu stiften.

Sie reden sich hinter der Staatsanwalt.

Als die „sozialistische“ Regierung Sachien im April den Belagerungszustand verhängt hatte, erklärte ihn der Weiziger Arbeiterrat für ungültig. Mit Roskes Hilfe wurden daraufhin die Rebellen niedergeworfen. Jetzt meldet sich der Staatsanwalt. Ein Weiziger Genosse erhielt, wie die „Volkzeitung“ meldet, den folgenden Strafbefehl:

„Sie werden beschuldigt, zu Weizig am 9. Mai d. J. in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Ortsvereins S. O. Ost der U. S. P. eine öffentliche Versammlung in den Drei Rissen abgehalten zu haben, ohne daß für diese Versammlung eine Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erteilt worden war. Vergehen nach Punkt 7 der Verf. des Reichs (Mitteltreiben vom 14. 4. 19) (Echtl. Staatszeitung Nr. 87). Als Beweismittel sind bezeichnet Ihre eigenen Angaben. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von 50 M. und für den Fall der Nichtzahlung 5 Tage Gefängnis festgesetzt. Ingleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.“

Die Rechtssozialisten können auf die Hilfe des Staatsanwalts stolz sein!

Das Verbot der „Republik“.

Trotz der schönen Worte, die erst leßlich wieder in Weimar die Herren Müller und Bauer über die vollendete Demokratie in Deutschland prägten, hält Roske, der Oberkommandierende, das Verbot der „Republik“ noch wie vor aufrecht. Reichsanwalt Wendig hat sich deshalb jetzt im Auftrag der Redaktion der „Republik“ in einem persönlichen Schreiben direkt an den Ministerpräsidenten Bauer gewandt und diesen ersucht, dem rechtswidrigen Zustand des Verbotes endlich ein Ende zu machen. Zur Begründung wird in dem Schreiben angeführt:

Von dem fast unumschränkten Befehl des Belagerungszustandesgesetzes darf der Oberbefehlshaber keinen willkürlichen Gebrauch machen. Bei Anwendung der ihm anvertrauten Machtvollkommenheit hat er sich von pflichtmäßigen Ermessen leiten zu lassen, und zwar so, daß die getroffenen Maßnahmen mit der Uebersetzung aller billig und gerecht denkenden Menschen im Einklang stehen, jedenfalls nicht selbst von politisch Gleichgesinnten als Willkürakte empfunden werden dürfen. Dieser Rechtsstandpunkt ist in meinem beruflichen Verkehr mit den militärischen und anderen Amtsstellen stets anerkannt worden; nach ihm ist der Oberbefehlshaber als Vertreter des Souverän zivilrechtlich für alle durch Willkürakte verursachten Schäden, aber auch persönlich wegen dieses Amtsinhabers strafrechtlich (§ 339 St. G. B.) verantwortlich, wenn durch die Uebersetzung jener gesetzlichen Schranken die getroffenen oder aufrechterhaltenen Maßnahmen willkürlich und infolgedessen widerrechtlich sind oder werden.

Die weitere Zurückhaltung des Verbotes der „Republik“ ist gegenüber dem früheren Vorbringen in meiner beigelegten Eingabe und in Anbetracht der eigenen Erklärungen des Oberbefehlshabers, wie er sie nach der „Freiheit“ Nr. 349 vom 25. Juli 1910 (Morgenausgabe) und in der Nationalversammlung (siehe Erste Beilage des „Vorwärts“ vom 27. Juli 1910) gemacht hat, selbst wenn die Weiziger in den Zeitungen nicht garhimmeln sollte, ein gegen die Gesehe verstoßender Willkürakt.

Der Oberbefehlshaber stellt sich und sein Befehlshaber mit der Rechtfertigung seines Verhaltens in den angegebenen Zeitungsstellen auf die gleiche Stufe wie sie seine politischen Gegner nach seiner Behauptung einnehmen. Seine Argumentation ist dahin, daß er im Besitze der Macht sich der gleichen — gesetzlich widrigen! — Mittel bedienen dürfe, wie seine politischen Gegner sie nach seiner Behauptung für sich in Anspruch nehmen. Hierbei wird nur ganz unbedeutend gelassen, daß der Befehlshaber nicht in der Möglichkeit oder Wahrheitsähnlichkeit gleichartiger Maßnahmen seiner politischen Gegner liegt, sondern in den Gesehen, daß aber nach diesen dem Oberbefehlshaber nicht die Willkürakte erlaubt sind, die er seinen politischen Gegnern für den Fall unterstellt, daß sie zur politischen Macht gelangen.

Wohl mag es dem Oberbefehlshaber persönliche Selbstbeherrschung auferlegen, wenn von ihm gefordert wird, daß er bei seinen Maßnahmen sich nicht von seiner politischen Leidenschaft und Gegnerschaft leiten lassen darf. Bei den durch sie gegebenen Impulsen muß er vielmehr auch in der Anwendung seiner Machtbefugnisse an den Schranken Halt machen, die in einem Rechtsstaate das gesetzliche Verbot der Willkür selbst den Gegnern gegenüber auferlegt hat.

Aus den angegebenen Gründen bitte, ja fordern ich, von dem verantwortlichen Ministerpräsidenten, daß er dem rechtswidrigen Zustand ein Ende macht, dessen gewalttätige Aufrechterhaltung nur unter weiterer unvermeidbarer Schwächung des allgütigen Rechtsbewußtseins möglich ist.

Die Notlage der Invaliden.

Uns wird geschrieben: Mit der reichsgesetzlichen Regelung der Erwerbslosenversorgung ist ein wichtiger Schritt in der wirtschaftlichen Sicherstellung vieler Volksgenossen getan. Aber eine um so tiefere Wunde in der sozialen Fürsorge zeigt sich, wenn die Parallele mit denjenigen gezogen wird, die durch Unfall, kapitalistische Ausbeutung, Alter, Geburten oder als alleinlebende Mütter unterfordert Kinder in ihrer Arbeitsfähigkeit teilweise oder völlig bedrängt sind. Diese Gruppe von Menschen befindet sich nach wie vor in der größten wirtschaftlichen Notlage. Während Hunderttausende ein Leben voll Ueberfütterung und Luxus führen, lacht schon die wilhelminische Regierung der Not dieser Veteranen der Arbeit mit den unzulänglichen Mitteln, die Invalidentrenten von 15 bis 30 M. monatlich einschließlich 20% Pf. täglicher Teuerungszulagen zu bezogen. Auch die Revolution hat an diesen Zuständen nichts geändert. Die Erklärung des Reichskommissars Dr. Löwe in der Nationalversammlung wirkt geradezu aufreizend. Er meint, die Landesversicherungsanstalt und der Staat seien nicht in der Lage, die Teuerungszulage von 20% Pf. täglich aufzubessern. Dabei hatten die Versicherungsämter 1918 eine Mehreinnahme von 91 Millionen Mark und ein Gesamtvermögen von 2519 Millionen Mark. So fehlt nur noch zu behaupten, daß ein Invalide oder Armenrentner mit 80 Pf. den Tag auskommen könne.

Wie alle Menschen haben auch die Arbeiterinvaliden Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein. Daher muß für sie mindestens die gleiche wirtschaftliche Sicherstellung wie für die Arbeitslosen gefordert werden. Das oberste Geseh wird auch für Erwerbsbeschränkte die Beschaffung von Arbeit sein, soweit sie überhaupt noch eine Arbeit verrichten können. Bei den völlig Arbeitsunfähigen sowie bei den unversorgten Müttern

gehöriger Kinder muß dies Verlangen aber ausgedehnt. Für die Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen, deren Einkommen die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht erreichen, müssen Zusicherungen von Staat und Gemeinde gefordert werden. Der Reichsbund der Invaliden, Erwerbslosen und Erwerbsunfähigen fordert sofortige Erhöhung aller Unfall-, Arbeits-, Alters-, Witwen-, Waisen- und Armenrenten durch Staat und Gemeinde bis zur Mindestgrenze der Arbeitslosenunterstützung; eine reichsgesetzliche Regelung der Erwerbsbeschränkten- und Erwerbsunfähigen-Fürsorge, auch für Geburtsinvaliden, Mitbestimmungsrecht des Reichsbundes in allen Fürsorgeangelegenheiten, Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte, Abschaffung der Grenze zur Erreichung von Invalidentrenten auf 50 Prozent der Arbeitsunfähigkeit, Gewährung von Verpflegungszulagen für Unfallverletzte. Ferner soll bei Berechtigten in Versorgungsangelegenheiten ein partiell zusammengefügter Schlichtungsausschuss einberufen, Ausschüsse zu den Organisationen durch die Kommune, großzügige Revision und Anwendung des städtischen Wohlfahrtswesens.

Die Arbeiterinvaliden haben sich jetzt in dem Reichsbund der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen (Eig. Frankfurt a. M.) eine Organisation geschaffen, um ihre Ansprache dem Reich und Staat gegenüber mit Nachdruck zu vertreten. Die Ortsgruppe Berlin des Bundes (Raumerstr. 34) veranstaltete kürzlich zwei große öffentliche Versammlungen, in denen von der sozialen Lage der Invaliden geradezu herzerweichende Bilder entrollt wurden. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Bezugnehmend auf die Konferenz der Bundesleitung im Reichsarbeitsministerium und Reichswohlfahrtsministerium am 31. Juli 1910 sowie auf die Ausführungen des Herrn Ministers Schilde stellt die Versammlung fest, daß die Stadtverwaltungen verpflichtet sind, in ausreichendem Maße für die unterhaltungsbedürftigen Invaliden schnellstens Sorge zu tragen unter Verfall jeder Kränkenden und ehrverletzenden Handhabung der Unterstützung durch die Armenverwalter. Die Versammelten fordern sofortige Heraushebung der Armenrenten sowie Festsetzung eines Existenzminimums für Erwerbsunfähige, großzügige, humane Rehabilitation und praktische Ausführung der städtischen Wohlfahrtspflege, Verfall der Bezeichnungen „Armenrenten“, „Armenempfänger“, „Siedenhaus“, wirtschaftliche Sicherstellung und keinerlei Begünstigung der Bettel.

Aus der Partei. Unausfallsam vorwärts!

Die Arbeiter in der S. P. D. organisierten Arbeiter in Oberfrankreich nach einem Vortrag über das arbeitserfindliche Handeln der rechtssozialistischen Regierungsmittelglieder geschlossen zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei über. Sie erklärten, der Politik der Rechtssozialisten und der heutigen Regierung nicht länger folgen zu können.

In einer Versammlung in Dörfel bei Müdenberg (Prov. Sachsen) trat nach einem Referat der Kreisvorsitzenden der S. P. D. Verein geschlossen zur U. S. P. über, ebenso alle neuen Gemeindevorsteher und der Kreisstadtdirektoren der früheren Mehrheitspartei. Auch dort haben die Arbeiter die Konsequenzen aus dem betrügerischen Treiben der S. P. D. gezogen.

Auch das Ergebnis der neuen Arbeiterwahlen in Meerane (Sachsen) zeigt die wachsende Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unhaltbarkeit der heutigen Verhältnisse. Die U. S. P. hat mit 7 Vereitern gegenüber 4 Rechtssozialisten und 1 Demokraten die absolute Majorität im Arbeiterrat gewonnen.

Bewerkschaftliches.

Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die am Mittwoch abend in Voerdes gehaltenen Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschäftigte sich mit dem Schiedsspruch des Generalausschusses. Wie haben bereits in dem Bericht über die Generalversammlung ausführlich den Schiedsspruch und die in ihm vorgesehene Uebergangsbeihilfe besprochen. Vollständige Klärung der Situation, würdige die schließlichen Verhältnisse in der Lebensmittelformung und sprach aus, daß von einer Betriebsung über dieses Resultat keine Rede sein könne. Aber aus tatsächlichen Gründen, wegen der nahe bevorstehenden Revision des Gesamttarifs empfehle er im Namen der erweiterten Ortsverwaltung die Annahme. Vor der Diskussion wurde mehrfach gegen die Klärung in Tarifvertrage Einspruch erhoben, ebenso wurden verschiedene Ausstellungen an dem Schiedsspruch gemacht. Die Abstimmung ergab die fast einstimmige Annahme des Schiedsspruchs.

Ein Antrag auf Neuwahl der Tarifkommission wurde lebhaft debattiert. Der Antrag wurde abgelehnt. Da kein Einwand gegen einzelne Mitglieder der Tarifkommission erhoben wurde, bleibt die Tarifkommission auch für die ferneren Verhandlungen bestehen.

Zum Rieselfeldarbeitertarif trafe Vollenske mit, daß die Stadtverwaltung an ihm noch nicht unterzeichneten Tarif eigenmächtig Änderungen vorgenommen habe. Dagegen wurden die Rieselfeldarbeiter protestieren und anheben, daß die Forderung auf die gleiche Uebergangsbeihilfe aufstellen, wie sie den übrigen städtischen Arbeitern Groß-Verlins zugestanden worden ist.

Als Agitationskriter für die Gastwirts kandidierte Otto Becker-Mannheim, der vor dem Kriege bereits in Berlin tätig war und in kurzen Worten seine politische Jugendbildung zur sozialdemokratischen Mehrheitspartei kundgab. Verschiedene Redner bekämpften die Kandidatur Becker, da sich die Berliner revolutionäre Arbeiterschaft auch die Führer wählen müsse, die auf ihrem politischen Standpunkt stehen. In der Abstimmung wurde die Anstellung Beckers mit 106 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Quartalsversammlung der Schneider, Schneiderinnen und Maßschneider. In Beginn der gestrigen Quartalsversammlung des Berliner Schneiderverbandes wandte sich Schumacher in seinem Geschäftsbericht gegen die Sonderversammlung von 22 S. P. D. Mitglieder. Hieran schloß sich eine lebhaft abgeleitete Diskussion der Rechtssozialisten. Letztere erstatteten Bericht über den Gewerkschaftsfrage. Er behandelte ausgiebig die verkehrte Kriegspolitik und verurteilte die Arbeitsgemeinschaft. Bezeichnend sei es, daß Stübner und Genossen gegen die Umwälzung der Delegierten zum Verhandlungstag gestimmt haben. Gegen 5 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der die Kriegs- und soziale Politik des Gewerkschaftsbundes auf das schärfste verurteilt wurde. Die Versammlung stellt sich auf den Boden des Nationalismus und erkennt die Vollversammlung der Arbeiterräte und den Volkspartei als einzige wirtschaftliche und politische Instanz zur Vertretung der Berliner Kollegen an. Zum Schluß wurde die Neuwahl der Verbandsmitglieder vorgenommen, nachdem vorher noch eine Resolution gegen die Ausführungen Begens in Amsterdam betr. der beigelegten Arbeitseroberationen angenommen war.

